

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift
Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Weichen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1530.
Bezirksamt:
Riesa Nr. 52.

Nr. 146.

Donnerstag, 26. Juni 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags auszugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Beile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 59 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag vorläufig, durch Abzug eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Wertheimstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. G. Feiggraber, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Der Entschluß fehlt!

Von Ernst Quadt.

Berlin, 26. Juni 1930.

Für den Roggenverbrauch wird Propaganda gemacht. Wir leben in der Roggenwoche!

Ein Führer der Bewegung sagte mir ausdauernd, daß das deutsche Volk etwa 700 Millionen sparen könne, wenn es auf das Weizengebäck und damit auf die Weizenmehl verzichtete. Aber das Volk, das hier dem Staate 700 Millionen Mark erhalten könnte, will nicht. Es will die Weizenschrippe, es will den schönen Kuchen. Es kümmert sich nicht darum, daß die Landwirte ihren Roggen nicht absetzen können und ihn verschleudern müssen. Es nimmt so wenig Rücksicht auf die Notlage der Landwirtschaft, daß es sogar mehr Weizenbrot konsumiert wie vor dem Kriege.

Dieses Volk, das lammert und höhnt, denkt zunächst an sich. Es bevorzugt überhaupt Produkte, die aus dem Ausland kommen, gibt rund 457 Millionen für ausländische Butter aus, 280 Millionen für ausländische Eier, 211 Millionen für ausländisches Obst, 154 Millionen für ausländisches Fleisch, für Speck und Wurst, 142 Millionen für ausländisches Nüchengehälte, 142 Millionen für ausländische Fische und Konserven, 132 Millionen für Schmalz und 106 Millionen für Harz- und Weichkäse. Die Landwirtschaft behauptet, den größten Teil dieser Produkte selbst erzeugen zu können, wenn die Unterstützung der Konsumenten da wäre. Sicherlich ließe sich diese Einfuhr bis auf einen Bruchteil herabsetzen.

Es gehen, weil das deutsche Volk die ausländischen Erzeugnisse so bevorzugt und so wenig Sinn für das Gedeihen der Inlandproduktion und des Inlandmarktes besitzt, sogar mehrere Milliarden jährlich ins Ausland. Nach amtlichen Zahlen sind im Jahre 1929 nicht weniger als 5,575 Milliarden Mark ausländische Lebensmittel, vor allem Agrarprodukte und Getränke, eingeführt worden. Hierzu kommen noch 800 Millionen, die für ausländische Kraftwagen, Fertigarbeiten aus Baumwolle und Wolle, Kosmetika, Parfümerien und Schuhe ins Ausland fließen. Diese Abgabe an das Ausland leistet sich ein Deutschland in höchster Not, das im Jahre seiner Blüte, im Jahre 1913, nur 3,448 Milliarden Auslandswaren importierte.

Der Deutsche neigt nach der Statistik dazu, seine Lebensgewohnheiten immer mehr zu verbessern. Eine bedeutende Steigerung hat die Einfuhr der durchaus entbehrlichen Genussmittel, wie Süßfrüchte, Frühgemüse, Eier, Butter, Fleisch erfahren. Die Einfuhr von Tee, Kaffee, Kakao ist von 84 Millionen im Jahre 1927 auf 427 Millionen im Jahre 1929, auf 491 Millionen im Jahre 1929 gestiegen. Kein Wunder, wenn es schwer ist, durch den Warenexport eine aktive Handelsbilanz zu erreichen. Wir leben aus dem Vollen, können nicht zu der Ueberzeugung gebracht werden, wie leicht größte Einschränkung zu einer Befriedigung der trostlosen inneren Verhältnisse führen könnte. Sicherlich denken die wenigsten daran, daß diese Einfuhr dem Staate Mittel einbringt, denn die Zölle auf diese eingeführten Produkte sind nicht gerade niedrig und helfen deshalb die Reichskasse füllen. Indessen sagt der Volkswirt mit Recht, eine stärkere Produktion im Inlande, eine Befreiung der Lage der allgemeinen Wirtschaft müßte zur Folge haben, daß durch die dann steigenden Steuern ein voller Ausgleich der Verluste eintreten müßte.

Wir leisten uns aber nicht nur eine unverzeihliche Verschwendung durch die Bevorzugung von Auslandswaren, sondern auch durch den Genuß entbehrlicher Inlandserzeugnisse. Für Alkohol (Wier, Schnaps, Wein) sind im Jahre 1928 nicht weniger als 4,7 Milliarden ausgegeben worden. Verbraucht wurde im letzten Jahre die Summe von 8 Milliarden. Freilich hat die Sache zwei Seiten. Dieser Konsum kommt der Industrie, der Produktion zugute, dieser Konsum hilft auch erhebliche Steuerzahlungen. Wenn man aber hört, das Volk sei arm, so ist es doch unbedeutend, von solchen Luxusausgaben zu lesen.

Man ist davon unterrichtet, daß etwa 7-9 Milliarden deutsches Kapital nach dem Auslande abgewandert ist und behauptet, es müsse möglich sein, dieses Kapital wieder zurückzuführen. Was könnte mit diesem Kapital, wenn es in Deutschland angelegt werden würde, alles geschehen?

Wir hören von Uebersteigerung der Ausgaben der Verwaltung, von dem Luxus der 88 Minister in Deutschland und den mehr als 1000 Abgeordneten.

Folglich wissen wir schon, wo Besserung zu erreichen ist. Täglich kommen gute Vorschläge, und doch findet weder das Volk die Kraft, auf seinen Luxus zu verzichten, findet weder die Regierung den Mut, den Rohstoff zur Hand zu nehmen und erbarungslos in den Ausgaben zu streichen, findet der Reichstag den Entschluß und die Einheit, Gesetze zu schaffen, um durch geeignete Maßnahmen die Kapitalflucht zu dämmen, die Einfuhr auf das notwendige einzuschränken und die Staatsausgaben auf das Maß der Vernunft zurückzuführen.

Unbedingt ließe sich, wenn ein starker Mann käme, der es wagte, die Verantwortung auf sich zu nehmen, vieles und in kurzer Zeit bessern. Es brauchte uns nicht so schlecht zu gehen. Wir brauchen keine Versuche, die trostlose Lage auf Umwegen zu meistern. Direkt könnte geholfen, eine Wendung erzielt werden.

Man überlege: das Volk würde Wert darauf legen, nur den Weizen zu verzehren, der im Inlande gebaut wird, es würde auf den Auslandsweizen verzichten, es würde Waren und Genussmittel, die aus dem Ausland kämen, ablehnen oder nur in dem Umlange beanspruchen, als es durchaus notwendig erscheint. Wieviel könnte im Lande bleiben, und alles, was nicht nach dem Auslande geht, bliebe

Einigung über die Finanzvorlage.

Berlin, 26. Juni.

Die Aussprache des Reichskabinetts über die gesamtpostale Lage wurde gestern abend unter Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Brüning zu Ende geführt. Die Beratungen führten zu völliger Einigung über die zu ergreifenden finanzpolitischen Maßnahmen. Reichsfinanzminister Dr. Brüning wird im Laufe des heutigen Tages dem Herrn Reichspräsidenten hierüber Bericht erstatten; nach seiner Rückkehr ist am Freitag die Bekanntgabe der Beschlüsse der Reichsregierung zu erwarten.

Berlin, 26. Juni. Wie wir an der gestrigen Kabinettsitzung, die bis 11 Uhr abends dauerte, noch erfahren, ist damit zu rechnen, daß die neuen Finanzvorlagen am Sonnabend an den Reichspräsidenten gehen, der sie dann gleich zu Beginn der kommenden Woche in Angriff nehmen wird. Damit hat sich das Kabinett also entschlossen, den üblichen parlamentarischen Weg zu beschreiten, und der Gedanke eines Ermächtigungsgesetzes kann deshalb zunächst als überholt betrachtet werden. Ueber den Inhalt des Finanzprogramms wird strengstes Stillschweigen gewahrt, bis der Reichspräsident unterrichtet worden ist. In politischen Kreisen gilt es aber als wahrscheinlich, daß das Kabinett sich auf ein Kopiergesetz von 3 1/2 Prozent geeinigt hat. Ob auch die Festbeträge in dieser Höhe einbezogen werden, oder ob es bei dem zuletz bekanntgewordenen Vorschlag eines Sprozentigen Zuschlages auf die höheren Einkünfte der Reichsbeamten bleibt, ist angesichts der Vertraulichkeit nicht festzustellen. Die Betonung der völligen Einmütigkeit in dem Bericht über die Kabinettsitzung läßt darauf schließen, daß auch Reichsminister Curtius dem Ergebnis im weitestlichen zugestimmt hat. In politischen Kreisen glaubt man aber, daß in bestimmten Punkten eine gewisse Annäherung an die Forderungen der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei gefunden worden ist. Wie sich die Fraktionen dieser beiden Parteien zu den Vorlagen stellen, läßt sich aber erkennen, wenn die Beschlüsse des Kabinetts bekanntgegeben worden sind.

Forderungen der Wirtschaftspartei.

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei hat dem Reichsfinanzminister Dr. Brüning in einem Schreiben ihre Stellungnahme zur Frage der finanziellen Sanierung mitgeteilt. Vor allem verlangt die Wirtschaftspartei eine Senkung

doch bei uns und müßte sich erkennbar auswirken! Man denke, die deutsche Wirtschaft könnte über 9 Milliarden verfügen, die im Auslande liegen, und wie erfreulich wäre es, wenn die Regierung wirklich den vielen Versprechungen nachkäme und den Etat in der Ausgabe nur um 10 Prozent kürzte?

Das deutsche Volk ist, wie man aus diesen Leistungen an das Ausland ersehen kann, gesund, es könnte aus eigener Kraft sich bessere Verhältnisse schaffen. Das Sonderbare bleibt nun, daß jeder es möchte, jeder das Uebel sieht, aber niemand zur Tat schreiten will. Wir haben viele Lehrer und keine Führer. Die schlagende Parole fehlt, es fehlt der Mann, der die Begeisterung wecken kann, die Erkenntnis zum Bekenntnis zu machen und der den Willen zur Tat auslöst. Zwischen Willen und Tat ist nur ein kleiner Schritt. Vor diesem Schritt scheut sich jeder. Ist es nicht sonderbar, wenn selbst der simplest Bürger die Rettung sieht und nicht den Entschluß findet, sich retten zu lassen. Er sagt: eine Schwalbe macht keinen Sommer! Gewiss, deshalb muß Führung sein, deshalb muß das Volk zu einem Willen und zu einer Tat geführt werden. Die Uebersteigerung der Bedürfnisse und die Sucht nach dem Wohlleben paßt nicht in unsere Zeit. Das weiß jedoch auch jeder, und der Reich ist bekanntlich die Menschen nicht schlafen. Wir brauchen keine Finanzmiseren, keine Krisen, keine Arbeitsnot, wenn wir zum starken Willen der Tat ausgerüstet würden.

Rheinland-Befreiungsfeier und Verfassungsfeier.

Das Reichsministerium der Finanzen hat dem Reichspräsidenten einen Antrag hervorgebracht, wird auch außerhalb des Gebietes der zweiten und dritten Befreiungszone, für die besondere Feiern vorgesehen sind, an manchen Orten der Gebirge erwogen, aus Anlaß der Befreiung des Rheinlandes öffentliche Feiern zu veranstalten. Nach Ansicht der preussischen Staatsregierung sollen — mit Rücksicht auf die in dieser Zeit notwendige Beschränkung in der Veranstaltung von Festlichkeiten — außerhalb der beiden Zonen im gesamten übrigen Staatsgebiet Rheinlands-Befreiungsfeiern gleichzeitig mit der Verfassungsfeier veranstaltet werden. Die Verfassungsfeier werden daher unter voller Aufrechterhaltung ihres Charakters in diesem Jahre gleichzeitig als Rheinland-Befreiungsfeiern auszugestalten sein.

Reichstag bis Ende Juli.

Berlin. Der Vizepräsident des Reichstages hielt am Mittwoch mittags eine Sitzung ab, in der der Arbeitsplan des Reichstages für die nächste Zeit festgelegt wurde. Mit dem Beginn der Sommerpause ist nicht vor Ende Juli zu rechnen.

Der Ausgaben weit über die bisher bekannt gewordenen Streichungspläne hinaus. Sie fordert in diesem Zusammenhang unbedingt eine Kürzung der Beamtengehälter, wobei sie betont, daß sie die unerreichbare Gehaltskürzung dem Weg über ein Kopiergesetz vorziehen würde. Gleichzeitig wird ein Gesetz verlangt, das den Ländern und Gemeinden die Pflicht auferlegt, die Gehaltsätze und die Klassifizierung ihrer Beamten den Verhältnissen der Reichsbeamten anzupassen. In der Höhe der so erzielten Einsparnisse sollen die Ueberweisungen an die Länder gekürzt werden. Weiter wird verlangt eine reichsrechtliche Begrenzung der Realsteuern. Die Gemeinden sollen das Recht erhalten, entweder eine Kopfsteuer zu erheben oder die Betriebe in öffentlicher Hand zu betreiben. Bei Erfüllung dieser Forderungen würde die Wirtschaftspartei bereit sein, eine geringere Erhöhung der Einkommensteuer in den höheren Einkommensstufen zu bewilligen; dagegen wird die in dem Dietrichschen Programm enthaltene Verschärfung von der Wirtschaftspartei unbedingt abgelehnt.

Die Volkspartei bleibt fest.

Berlin, 26. Juni.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hielt gestern abend eine Sitzung ab, die mit dem Beschluß endete, an dem bisherigen Standpunkt festzuhalten. Dieser Beschluß soll dem Reichsminister Curtius, der durch die Kabinettsitzung an der Teilnahme verhindert war, mitgeteilt werden. Die Fraktion rechnet darauf, daß ihre Auffassung mit der des Außenministers übereinstimmt.

Tagung des Reichsbeamtenbeirats des Zentrums.

Berlin, 26. Juni.

Der Reichsbeamtenbeirat der Deutschen Zentrumspartei, der in Berlin tagend hat, hat sich auch mit der Frage des Kopiergesetzes beschäftigt und dabei Richtlinien bezüglich des Deckungsprogramms, vor allem des Notkopiers, aufgestellt, die bei den Beratungen der Zentrumsfraktion wie auch des Kabinetts Berücksichtigung finden sollen. Es hat sich dabei, wie mitgeteilt wird, eine völlige Uebereinstimmung mit den Deckungsmöglichkeiten ergeben, über die im Kabinett beraten wurde.

Abreise des Reichsfinanzministers zum Reichspräsidenten.

Berlin. Reichsfinanzminister Dr. Brüning ist heute früh nach Meiningen in Westpreußen abgereist, um dort dem Reichspräsidenten über den Abschluß der Beratungen des Reichskabinetts, die, wie gemeldet, zu einer völligen Einigung über die zu ergreifenden finanzpolitischen Maßnahmen führten, Vortrag zu erstatten.

Die Verhandlungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Das Reichsministerium der Finanzen hat dem Reichspräsidenten einen Antrag hervorgebracht, wird auch außerhalb des Gebietes der zweiten und dritten Befreiungszone, für die besondere Feiern vorgesehen sind, an manchen Orten der Gebirge erwogen, aus Anlaß der Befreiung des Rheinlandes öffentliche Feiern zu veranstalten. Nach Ansicht der preussischen Staatsregierung sollen — mit Rücksicht auf die in dieser Zeit notwendige Beschränkung in der Veranstaltung von Festlichkeiten — außerhalb der beiden Zonen im gesamten übrigen Staatsgebiet Rheinlands-Befreiungsfeiern gleichzeitig mit der Verfassungsfeier veranstaltet werden. Die Verfassungsfeier werden daher unter voller Aufrechterhaltung ihres Charakters in diesem Jahre gleichzeitig als Rheinland-Befreiungsfeiern auszugestalten sein.

Bertrere des Evangelischen Reichselternbundes beim Innenminister.

Das Reichsministerium der Finanzen hat dem Reichspräsidenten einen Antrag hervorgebracht, wird auch außerhalb des Gebietes der zweiten und dritten Befreiungszone, für die besondere Feiern vorgesehen sind, an manchen Orten der Gebirge erwogen, aus Anlaß der Befreiung des Rheinlandes öffentliche Feiern zu veranstalten. Nach Ansicht der preussischen Staatsregierung sollen — mit Rücksicht auf die in dieser Zeit notwendige Beschränkung in der Veranstaltung von Festlichkeiten — außerhalb der beiden Zonen im gesamten übrigen Staatsgebiet Rheinlands-Befreiungsfeiern gleichzeitig mit der Verfassungsfeier veranstaltet werden. Die Verfassungsfeier werden daher unter voller Aufrechterhaltung ihres Charakters in diesem Jahre gleichzeitig als Rheinland-Befreiungsfeiern auszugestalten sein.